

# SOZIAL, GERECHT, GENOSSENSCHAFTLICH

EIN BERICHT VON SEBASTIAN DRESCHER

## WIE KÖNNEN GENOSSENSCHAFTEN DAZU BEITRAGEN, DIE ENERGIEWENDE SOZIALER ZU GESTALTEN? EINE STUDIE ZEIGT, WAS MÖGLICH IST – UND WELCHE HÜRDEN ES ZU ÜBERWINDEN GILT.

Frühjahr 2026 in Deutschland: Viele Menschen ächzen unter den hohen Lebenshaltungskosten. An den Tankstellen sind die Benzinpreise seit dem Ausbruch des Irankriegs um bis zu 50 Cent pro Liter gestiegen. Auch das Heizen mit Öl und Gas droht teurer zu werden, da durch die blockierte Straße von Hormus kein Rohöl und Flüssiggas mehr auf den Markt kommt. Wohl denen, die schon umgestiegen sind: vom Verbrenner aufs Elektroauto, günstig betrieben mit Strom von der Solaranlage auf dem Eigenheim, das im besten Fall statt mit Gas oder Öl durch eine effiziente Wärmepumpe beheizt wird. Doch so unabhängig sind in Deutschland meist nur Besserverdienende.

Menschen mit weniger Einkommen fällt es deutlich schwerer, auf Erneuerbare umzusteigen – ebenso denjenigen, die in Mietwohnungen leben. Sie haben kaum eine Chance, von fossilen Energieträgern loszukommen, und sind damit stärker von den Krisen und Konflikten betroffen, die die Energiepreise in die Höhe treiben. Fachleute nennen diese fatale Situation «fossilen Lock-in». Ein Zustand, der dazu beiträgt, dass sich Energiearmut und soziale Ungleichheiten verfestigen – und zugleich die Akzeptanz für die Energiewende schwindet.

Mit genau diesem Problem setzt sich auch Tanja Kenkmann auseinander, die am Öko-Institut in Freiburg forscht. Die Wissenschaftlerin hat im Auftrag der EWS und gemeinsam mit Kolleg:innen ihres Instituts eine Studie verfasst, um herauszufinden, wie Bürgerenergiegenossenschaften dazu beitragen können, die Energie- und Wärmewende sozialer und gerechter zu gestalten. Ein guter Anlass für einen Besuch im Öko-Institut, das im Freiburger Stadtteil Vauban seinen Sitz hat – mitten zwischen Passivhäusern, inklusiven Wohnprojekten und Solarunternehmen.

### **Kaum Projekte für einkommensschwache Haushalte**

«Haushalte mit geringem Einkommen verbrauchen viel weniger Strom und Wärme als solche mit hohem Einkommen», erklärt Tanja Kenkmann. «Trotzdem geben sie im Verhältnis zu ihrem Verdienst deutlich mehr Geld für Strom und Wärme aus.» Gleichzeitig hätten diese Bevölkerungsgruppen kaum Einfluss darauf, wie die Energiewende gestaltet wird. Könnten Bürgerenergiegenossenschaften hier ansetzen? «Eigentlich verfügen sie über gute Voraussetzungen», sagt Kenkmann. «Sie sind lokal verankert, demokratisch organisiert und nicht profitorientiert.» Dennoch hätten sie bei der Recherche für ihre Studie festgestellt, dass bislang nur wenige der rund tausend Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland gezielt einkommensschwache Haushalte in ihre Projekte einbeziehen. «Teils fehlt das Bewusstsein für das Thema, teils mangelt es auch schlicht an den nötigen Ressourcen, weil viele Genossenschaften rein ehrenamtlich arbeiten.»

### **Soziale Energiewende erlebbar machen**

Wie es dennoch funktionieren kann, zeigen mehrere Beispiele aus Deutschland und anderen EU-Ländern, die in der Studie aufgeführt sind. Darunter ein Projekt für Soli-Balkonkraftwerke der «frei Bürgerenergie» aus Bamberg, bei dem Bürger:innen unterstützt werden, die sich ein Balkonkraftwerk nicht selbst leisten können. Die Zuschüsse werden laut Genossenschaft von der Stadt Bamberg übernommen. Solche Projekte führten zu konkreten Einsparungen und machten die Energiewende erlebbar, lobt Kenkmann.

Eine Nummer größer ist ein Projekt der Energiegenossenschaft «Coopérnico» aus Portugal, die PV-Anlagen auf den Dächern sozialer Einrichtungen finanziert und installiert. Die Dachbesitzer nutzen den erzeugten Strom selbst und zahlen einen vergünstigten Tarif, der unter dem Marktpreis

liegt. Ein Modell, das allerdings nur bedingt auf Deutschland übertragbar sei, da manche Einrichtungen wie beispielsweise Pflegeheime die Kosten für den Verbrauch von selbst produziertem Strom nicht erstattet bekommen, heißt es in der Studie.

### **Energy Sharing bietet neue Potenziale**

Potenziale sieht Tanja Kenkmann grundsätzlich in der gemeinschaftlichen Erzeugung und Nutzung von Strom, etwa im Rahmen von Mieterstromprojekten oder des sogenannten Energy Sharing, das seit Juni 2026 in Deutschland möglich ist: Private Energieerzeuger:innen können jetzt ihren überschüssigen Strom zu Tarifen unter dem Marktpreis direkt an ihre Nachbar:innen verkaufen und sind dabei von der Stromsteuer befreit. Auch lokale Bürgerenergiegenossenschaften könnten hier aktiv werden, beispielsweise mit einer Solaranlage günstigeren Strom in der Nachbarschaft verteilen und so auch Haushalte mit geringerem Einkommen teilhaben lassen – zumindest in den Zeiten, in denen ausreichend Strom produziert wird.

Treten Bürgerenergiegenossenschaften wie bisher als klassische Stromversorger auf, fällt es ihnen schwer, einkommensschwächere Verbraucher:innen gezielt zu fördern – etwa durch günstigere Tarife. «Dafür bräuchte es einerseits Mitglieder, die einen Soli-Tarif zahlen. Und es ist andererseits sehr aufwendig, zu prüfen, ob jemand berechtigt ist, weil er zum Beispiel staatliche Hilfen bezieht», sagt Kenkmann. Zwei mögliche Erklärungen, warum solche Modelle bislang nicht in die Praxis umgesetzt wurden – und die Autor:innen der Studie keine Beispiele in Deutschland finden konnten.

### **»DIE ENERGIEWENDE SOZIAL ZU GESTALTEN IST IN ERSTER LINIE EINE POLITISCHE AUFGABE.«**

TANJA KENKMANN, WISSENSCHAFTLERIN AM ÖKO-INSTITUT IN FREIBURG

Neben der Stromversorgung blickt die Studie auch auf die Wärmewende. «Bei der Nahwärme bestehen die Genossenschaften vor allem aus Anwohner:innen mit Eigenheimen, die sich über den Verkauf der Wärme finanzieren», erklärt Kenkmann. «Die eigentliche Hürde sind die Anschlusskosten, und dafür gibt es – zumindest bislang – noch gute Fördermöglichkeiten.» Damit könnten auch Haushalte mit geringerem Einkommen beteiligt werden. Wichtiger sei es, so Kenkmann, die Bedingungen für Energiegenossenschaften in diesem Bereich grundsätzlich zu verbessern, indem etwa Investitionsrisiken durch staatliche Bürgschaften abgesichert würden.

Grundsätzlich warnt die Wissenschaftlerin vor zu hohen Erwartungen an die Genossenschaften und deren Mitglieder. «Die Energiewende sozial zu gestalten ist in erster Linie eine politische Aufgabe. Die Genossenschaften haben schließlich nur einen sehr geringen Anteil an der Energieerzeugung.» Deshalb sei es erst einmal wünschenswert, wenn sich mehr Energiegenossenschaften gründeten. Punktuell könnten diese dann auch einen Beitrag zu einer inklusiveren Energiewende leisten. Auch indem sie durch die Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen an lokalen Energieprojekten dazu beitragen, Hürden abzubauen – und somit letztlich die Akzeptanz für die Energiewende stärken.

### **Infobox: Engagement der EWS Schönau**

Als Energiegenossenschaft in Bürgerhand ist es ein Anliegen der EWS Schönau, ihren Beitrag zu einer sozialen Energiewende zu leisten. Unter anderem unterstützen die EWS Stromspar-Checks des Caritasverbands Breisgau-Hochschwarzwald und der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft «48° Süd». Im Rahmen des Checks besuchen Energieberater:innen einkommensschwache Haushalte und analysieren kostenlos deren Strom- und Energieverbrauch. Bei einem zweiten Besuch des Stromspar-Teams erhalten die Haushalte Soforthilfen wie LED-Lampen, schaltbare Steckdosenleisten und Zeitschaltuhren – ebenfalls ohne zusätzliche Kosten. Während der Energiekrise im Jahr 2022 infolge des Ukrainekriegs unterstützten die EWS im Rahmen der Kampagne #WirSparenDas zudem den bundesweiten Stromspar-Check.

Die soziale Wirkung ist auch beim Förderprogramm «Sonnencent» ein wichtiges Kriterium. So erhielt die Caritas Stiftung in der Diözese Rottenburg-Stuttgart eine EWS-Förderung, durch die Balkonsolarmodule in den Wohnhäusern der Stiftung installiert werden können. Die

Bewohner:innen sollen dadurch Zugang zu selbst erzeugtem Strom bekommen und Kosten sparen. Im Sommer 2026 geht ein erstes Pilotprojekt in Freiburg an den Start.

«Die EWS prüfen derzeit verschiedene Optionen, um die Gemeinschaftlichkeit und die Solidarität ihrer Mitglieder und Kund:innen zu stärken», sagt Alexander Sladek, Geschäftsführer der EWS Vertriebs GmbH. Dazu gehören auch Solidartarife für einkommensschwache Haushalte sowie die Frage, wie die EWS künftig regionales Energy Sharing unterstützen kann.

### **Viel Luft nach oben bei der Inklusion**

Doch um möglichst viele mitzunehmen, muss die Beteiligung niederschwellig sein – auch finanziell. Für die Genossenschaftsanteile seien Ratenzahlungen eine Option, sagt Kenkmann, aber dann bleibe ein Risiko bei den Haushalten. Besser seien niedrige Anteile – eventuell auch gegenfinanziert durch Solidaritätsbeiträge durch andere Mitglieder oder eine Förderung durch die Kommunen.

Dass Energiegenossenschaften insgesamt bislang wenig inklusiv sind, zeigt die Studie mit dem Verweis auf weitere Untersuchungen. Demnach sind die Mitglieder von Energiegenossenschaften – insbesondere die Personen im Aufsichtsrat und Vorstand – meist männlich, eher älter, gutverdienend und deutscher Herkunft. Menschen mit geringerem Einkommen sind unterrepräsentiert, ebenso Bevölkerungsgruppen wie Migrant:innen, die häufiger von Armut betroffen sind.

### **»GENOSSENSCHAFTEN NUTZEN OFT NICHT SO LEICHT VERSTÄNDLICHE BEGRIFFE. EINFACHE SPRACHE WÄRE HIER EIN ANSATZ.«**

TANJA KENKMANN, WISSENSCHAFTLERIN AM ÖKO-INSTITUT IN FREIBURG

Doch woran mangelt es? Kenkmann beobachtet bei vielen Genossenschaften das Bedürfnis, sich stärker zu öffnen. «Was fehlt, sind Erfahrungen – und der Kontakt zu anderen Bevölkerungsgruppen.» Gemeinsam mit ihren Mitautor:innen hat sie deshalb Handlungsempfehlungen formuliert, die sich an Genossenschaften und Verbände richten. So könnten diese ihre Mitglieder für die Chancen einer sozialen Energiewende sensibilisieren und bei Projekten Vertreter:innen von Sozialverbänden oder Behörden einbinden – auch als Multiplikator:innen. Um neue Zielgruppen zu erreichen, sei zudem eine inklusivere Kommunikation wichtig. «Genossenschaften nutzen oft nicht so leicht verständliche Begriffe. Einfache Sprache wäre hier ein Ansatz», sagt sie.

### **Durch Teilhabe und Mitbestimmung motivieren**

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob sich die so adressierten Personengruppen überhaupt für ein genossenschaftliches Engagement begeistern lassen. Natürlich trieben viele Menschen ganz andere Nöte um, sagt Kenkmann. Aber die Genossenschaften hätten durchaus gute Argumente auf ihrer Seite, nicht nur den Klimaschutz und mögliche Kosteneinsparungen. Zum Beispiel das Angebot, mitbestimmen und sich beteiligen zu können. Oder den Gedanken, ein Stück weit unabhängiger zu werden – von den großen Energiekonzernen, von Importen, von der wirtschaftlichen Lage.

Tanja Kenkmann hätte jedenfalls noch ein paar Ideen, was interessierte Genossenschaftsmitglieder gemeinsam anschieben könnten. Zum Beispiel ein sozial gestaltetes Leasing von Wärmepumpen, bei dem die hohen Anschaffungskosten entfallen. Haushalte mit geringem Einkommen könnten bei den monatlichen Ratenzahlungen durch Förderungen unterstützt werden. «Privatwirtschaftliche Anbieter gibt es hier schon», sagt Kenkmann. Aber eine genossenschaftliche Lösung fehle noch.

### **Die Studie**

Die im Januar 2026 veröffentlichte Studie «Bürgerenergiegenossenschaften für eine sozial gerechte Energie- und Wärmewende: Handlungsmöglichkeiten und Hemmnisse» wurde vom Öko-Institut im Auftrag der EWS Schönau erstellt. Verfasst wurde sie von Tanja Kenkmann, Katja Schumacher, Benjamin Köhler und Laura Möller. Hier können Sie die Studie online lesen oder herunterladen.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet.  
Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach  
Genehmigung des Herausgebers.

© 03. Juli 2026 | ENERGIEWENDE-MAGAZIN